



Hunger auf Wohnraum. Aus der Luft gesehen, hat Riehen den dörflichen Charakter längst verloren. Foto Erich Meyer

Riehen: Grünes Dorf oder Agglo?

Ein Modellfall im Kampf um Grünflächen in Siedlungsgebieten

MISCHA HAUSWIRTH

Stolz bezeichnet sich Riehen als «grosses grünes Dorf». Mit der Annahme des neuen Entwicklungsrichtplans werden etliche Bauvorhaben möglich. Kritiker warnen davor, der Gemeinde den Charakter und ihre Identifikation zu rauben.

In einem Werbefilm lobt die Gemeinde sich in höchsten Tönen: «Überhaupt ist alles grün in Riehen.» Doch diesen Satz wird das Gemeindemerkmal bald korrigieren müssen, denn der Druck auf die Gemeinde und ihre unverbauten Flächen nimmt zu. Das Dorf, das mit über 20 000 Einwohnern eigentlich eine Stadt ist, spürt den Hunger nach mehr Wohnraum in urbanen Gebieten. Damit ist Riehen nicht alleine – etliche Schweizer Gemeinden müssen sich damit auseinandersetzen, wie weit sie bestehende Grünflächen verbauen wollen.

Ende Februar nun stimmt der Einwohnerrat über einen neuen Entwicklungsrichtplan ab. Dieser legt den Grundstein für mehrere Bauprojekte im Zentrum der Gemeinde. Der Konflikt, der sich dabei abzeichnet, ist exemplarisch für alle Ballungszentren im ganzen Land, ob Genf, ob Bern, ob Zürich, ob St. Gallen, ob Lugano. Die Bevölkerung wächst und mit ihr der Bedarf nach Wohnraum, während die Fläche kleiner wird. Der Streit um Siedlungsgebiet ist programmiert.

NEUAUSRICHTUNG. Das «grosse grüne Dorf»: Gemeindepolitiker haben den Slogan kreiert und in Riehens Politleitbild festgeschrieben. Die Stadt machte als grosses grünes Dorf national Schlagzeilen, weil die Gemeinde 1999 und 2004 Preise für ihr Engagement in Sachen erneuerbarer Energie erhielt. Seither nennt Riehen sich stolz «Energiestadt». Jetzt will die Gemeindeverwaltung ihre Interpretation von «Dorf» und «grün» den neuen Realitäten anpassen, und diese heissen: Die Menschen brauchen mehr Wohnfläche. Als Lösung des Problems will Riehen Wohnungen im gehobenen Segment bauen lassen.

Gemeindepräsident Willi Fischer (EVP) steht für den neuen Entwicklungsrichtplan ein. Er sagt: «Wir wollen das Dorfinnere verdichten und somit attraktiver machen, um die Siedlungs-ränder zu schonen.»

Ein Teil der Riehener will für den Fortschritt im Dorfkern mehrere Bauprojekte lancieren. Der andere Teil in

Riehen fürchtet um den Standortvorteil, den die Gemeinde hat: die vielen Grünflächen, Parks, Wiesen, Familiengärten sowie den dörflichen Charakter. Diese Kombination lockt immerhin viele gute Steuerzahler an. So leben mehrere Kaderleute aus der Pharmaindustrie mit ihren Familien in Riehen.

OPPOSITION BEREIT. Der Widerstand gegen die Bauvorhaben, wie sie der Entwicklungsrichtplan vorsieht, hat sich formiert. SVP-Präsident Eduard Rutschmann fordert «die Respektierung des Volkswillens» und erinnert daran, dass die Stimmberechtigten die «Dorfkernverschandelung» bereits zweimal abgelehnt hätten: 2002 hätten sich 55 Prozent der Wahlberechtigten gegen das Projekt «Julia» gestellt, das den Dorfkern mit Neubauten und Tiefgarage «verdichten» wollte. 2009 dann hätten 61 Prozent der Stimmberechtigten den Neubau anstelle des Weissen-

«Der Gemeinderat soll endlich den Volkswillen respektieren.»

Eduard Rutschmann, SVP, Riehen

bergerhauses sowie eine Tiefgarage bachab geschickt, so Rutschmann.

Jetzt nimmt die Gemeindeverwaltung den dritten Anlauf mit einem leicht modifizierten Entwicklungsrichtplan. Wie im letzten Richtplan soll das Weissenbergerhaus durch einen modernen Gebäudekomplex ersetzt werden, der für Gewerbe und Wohnungen zur Verfügung stehen soll. Zudem soll ein Gebäude mit gemischter Nutzung auf dem Landi-Parkplatz entstehen. Am Rand des Sarasinparkes könnte die Gemeinde sich ein Hotel vorstellen, und auf den mit Obstbäumen bewachsenen Wiesen zwischen Immenbachstrasse/Mohrhaldenstrasse/Schützenrainweg soll die Voraussetzung geschaffen werden, um Wohnblöcke mit Dutzenden von Wohnungen zu bauen. Für den Fall, dass sich Landbesitzer wehren sollten, haben die Planer unter Ivo Berweger vorgesorgt: Es besteht eine Landumlegungs-Klausel – ein rechtliches Druckmittel für Landbesitzer, die nicht spuren wollen.

Rutschmann fragt sich, wie lange der Gemeinderat mit dieser «Stiererei»

weitermachen wolle. Der SVP-Grossrat wirft dem Gemeinderat vor, nicht wahrhaben zu wollen, dass die Mehrheit der Riehener alles so belassen möchte, wie es ist. Und er kündigt an: «Wenn der Entwicklungsrichtplan in dieser Form durchkommt, ergreifen wir das Referendum.»

Der grüne Einwohnerrat Andreas Tereh fordert einen «Versiedelungsstopp auf Gemeindegebiet». Geht es nach ihm, sollen die bestehenden freien Flächen während zehn Jahren nicht zugebaut werden dürfen. Für Tereh spielen nicht nur ökologische Argumente eine Rolle. Er sagt: «Der dörfliche Charakter Riehens hat stark mit der Fülle von Grünanlagen zu tun, und er ist ein Standortvorteil im Steuerwettbewerb.»

Ähnliche Vorbehalte kommen auch aus den EVP-Reihen. Einwohnerrätin Christine Kaufmann verlangt weitblickende Entscheidungen. Sie sagt: «Wenn wir mit der Planung dem Trend des steigenden Pro-Kopf-Wohnflächenbedarfs einfach nachgeben, machen wir mittelfristig all das kaputt, was jetzt die Vorzüge unseres grossen grünen Dorfes ausmacht.»

SVP-Grossrat Heinrich Ueberwasser indes kritisiert die Bauvorhaben scharf und wirft dem Gemeinderat vor, «einmal mehr seine eigene Zielsetzung des grossen grünen Dorfes» zu verletzen. In Sachen Weissenbergerhaus unterstellt Ueberwasser den Verantwortlichen gar böse Absicht: «Die Gemeindeverwaltung lässt das Weissenbergerhaus, das unverzichtbar zum Dorfbild gehört, verlottern, und sagt jetzt, eine Sanierung sei zu teuer.»

Salome Hofer, SP-Einwohnerratspräsidentin, gefällt die Idee, das Weissenbergerhaus nicht einfach abzureissen, sondern Alt und Neu zu kombinieren und darin «ein Begegnungszentrum für alle Generationen zu bilden». Sie sagt: «So etwas fehlt in Riehen eindeutig und wäre eine hervorragende Chance.»

ZUFRIEDENE BEVÖLKERUNG. Ginge es nach dem Willen der Gemeinde, hätte Riehen die letzten Grünöasen längst den Bevölkerungswachstumszielen der Stadt Basel untergeordnet. Grüne-Präsidentin Marianne Hazenkamp warnt davor, Riehen das charakteristische Dorfbild zu zerstören.

Hätte sich das Volk nicht quergelegt, so wäre das Moostal mit mehreren Wohnblöcken verbaut und im Stetten-

feld Wohnungen und ein Gewerbezentrum entstanden. Auch der Dorfkern wäre längst mit modernen Gebäuden verdichtet worden.

Wie wenig Lust Riehens Einwohner darauf haben, ihre Wohnqualität preiszugeben, zeigt ein Blick in die «Bevölkerungsbefragung Riehen 2009»: Über achtzig Prozent gaben an, mit dem heutigen Dorfbild zufrieden zu sein. Gut schnitten auch die öffentlichen Grünanlagen und Naherholungsgebiete wie das Moostal ab – über neunzig Prozent stufen Grünflächen als wichtig ein und wollen hier keine Veränderung.

Hazenkamp erklärt den Widerspruch zwischen statistisch erhobener Einwohnerzufriedenheit und den von der Gemeinde-Bauvorhaben so: «Die Mehrheit der Gemeinderates steht dem Baugewerbe sehr nah.»

Gemeinderat Christoph Bürgenmeier (LDP), der in Riehen ein Malergeschäft betreibt, sagt, der Gemeinderat und er persönlich stünden dem Bauen nicht näher als andere Leute. Ausschlaggebend für Baumentscheidungen sei, ob sie sich positiv für die Gemeinde auswirkten.

Es fällt allerdings auf, dass weder Gemeindepräsident Willi Fischer, der die Siedlungsränder schonen will, noch Christoph Bürgenmeier sich gross für die Grünhaltung der Langoldshalde einsetzen. Hier, am Siedlungsrand und dem Tor zum Moostal, steht eine Überbauung mit mehreren Wohnhäusern zur Debatte.

BAUPROFILE. Damit die Bevölkerung sich über das Ausmass künftiger Bauprojekte ein Bild machen kann, fordert Eduard Rutschmann, während der Baupublikationsphase Holzprofile aufzustellen. In einem Dokument, das der BaZ vorliegt, lehnt der Riehener Gemeinderat dieses Begehren allerdings ab – mit der Begründung, es sei rechtlich nicht durchsetzbar. Ausserdem sei der Kanton für das Errichten der Bauprofile verantwortlich.

Der Regierungsrat Basel-Stadt hielt allerdings genau zu dieser Frage am 11. Januar 2011 fest: «Das geltende Baurecht bietet den Landgemeinden bereits heute die Möglichkeit, die Verpflichtung einer Profilierung selbst durchzusetzen.» Das letzte Wort haben die Einwohnerräte. Ende Februar. In Riehen.